

HEINZ LANGERHANS

RICHTUNGSGEWERKSCHAFT UND GEWERKSCHAFTLICHE AUTONOMIE

1890-1914

I. DIE ZWEITE ZENTRALE

Das Sozialistengesetz zerstörte, zehn Jahre nach ihrer Entstehung, die Gewerkschaftsbewegung, die 1868 so eifrig begonnen hatte. Die Entwicklung, die damit verschleppt und aufgeschoben war, kam nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zum Austrag. Der durch sie heraufbeschworene Konflikt von Gewerkschaft und Partei 1906 ist als ein Bestandteil der Industrialisierung Deutschlands aufzufassen. Die Überordnung der Partei über die Gewerkschaften gehörte der Zeit an, in der Deutschland verglichen mit England ein industriell unterentwickeltes Land war. Die Umkehrung des Verhältnisses und die Angleichung an das Modell der gleichzeitig in England entstehenden Labour Party trat mit dem endgültigen Durchbruch zum Industriestaat ein.¹

Eine Analyse des Verhältnisses Partei-Gewerkschaft ist deshalb von besonderem Interesse, weil sie ein entscheidendes, wenn nicht das entscheidende Strukturmerkmal der Arbeiterbewegung aller Industriegesellschaften betrifft, wie übrigens auch das der sozialen Massenbewegungen in nichtindustrialisierten oder nur wenig industrialisierten Gesellschaften. Die hier gegebene Darstellung beschränkt sich auf diesen einen Strukturaspekt der institutionellen Form der deutschen Arbeiterbewegung in den Grenzen des bezeichneten Zeitabschnittes. Der institutionelle Konflikt wird als eine Funktion bestimmter Situationsbedingungen abgeleitet, aber die Darstellung des Konflikts im Rahmen der Situation verfolgt bei weitem nicht alle wichtigen Einzelheiten und nicht bis in alle ihre Verzweigungen, z.B. sind die dabei aufgetretenen Ideologien nur angedeutet und die interessanten internationalen und aktuellen Vergleichspunkte draussen gelassen worden.

¹ „Die Schrecken des einseitigen Industriestaates“ war der charakteristische Titel einer Schrift, die Lujo Brentano als Beitrag zu der grossen Debatte über Industriestaat und Agrarstaat im Krisenjahr 1901 veröffentlichte.

Die konjunkturellen Zäsuren geben ein brauchbares Periodisierungsschema ab.¹ Die ersten vier Jahre nach 1890 waren durch einen schweren Druck auf die ganze Wirtschaft gekennzeichnet. Der Wendepunkt zur Hochkonjunktur lag in der Mitte der neunziger Jahre. Die Krise von 1900-1901 bildete den ersten Einschnitt. Schon im Winter 1902-1903 ging das Geschäft wieder flott, und diese Konjunktur hielt bis 1907 an. 1907 unterbrach den Aufschwung eine zweite Krise, der eine Belebung des Geschäftsganges bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges folgte. Die Krise von 1913 wurde durch die Umstellung auf Kriegswirtschaft abgelöst.

Entsprechend können wir unseren Gegenstand in folgende Etappen einteilen:

- 1890-1895 ergab sich aus der Zentralisierung der Gewerkschaften die Rivalität der Spitzen; die Hegemonie des Parteivorstandes konnte nur auf der Basis der wirtschaftlichen Depression und der damit gegebenen relativen Ohnmacht der Gewerkschaften aufrecht erhalten werden.
- 1895-1900 stellte die Prosperität die Autonomie der Gewerkschaften her.
- 1900-1907 zeigte sich, dass in der gewerkschaftlichen Aktivität und Aktionsbereitschaft die tatsächliche Grenze der sozialdemokratischen Parteiaktion gegeben war.
- 1907-1914 einigten sich die Spitzen endgültig auf das durch die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung umschriebene Aktionsprogramm, während im Konflikt der „Massen“ mit den so geeinten bürokratischen Spitzen und in der Spaltung des orthodoxen Marxismus eine Durchbrechung dieser Grenzen sichtbar zu werden schien.

Das Sozialistengesetz hatte für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zwei wichtige Resultate gehabt. Es hat den parlamentarischen Charakter der Sozialdemokratie endgültig herausgebildet und es hat aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften erst wirklich wirtschaftliche Organisationen gemacht.

Unter dem Ausnahmezustand ging die Leitung der Partei an die Reichstagsfraktion über, die einzige legale Körperschaft, die blieb. Der Zusammenhalt eines Wählerstammes und die periodischen Wahlschlachten waren der Aktionsrahmen der Partei. In diesen Schlachten

¹ Für den Zeitabschnitt 1890-1914 stehen neben der amtlichen Statistik die ausgiebige Gewerkschaftsstatistik und dann z.B. so aufschlussreiche statistische Untersuchungen zur Verfügung wie: W. Troeltsch und P. Hirschfeld, Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896-1903, Berlin 1907.

errang sie ihre Siege. Das Monopol der Reichstagsfraktion auf die leitenden Funktionen während der Dauer des Gesetzes vollendete den parlamentarischen Charakter der Partei. Zugleich zeigte sich beim Fall des Sozialistengesetzes die grundlegende Bedeutung der wirtschaftlichen Verbände deutlicher den je.¹ Fragen des wirtschaftlichen Interessenkampfes waren es gewesen, die in den siebziger Jahren das Bürgertum geneigt machten, die Bismarck'sche Gewaltkur zu versuchen. Die Unmöglichkeit, mit Gewalt den ökonomischen Notwendigkeiten Einhalt zu tun, liess Bismarck scheitern.

Die Schicksale der lokalen Fachvereine, mit deren Gründung in den achtziger Jahren die Gewerkschaftsbewegung wieder anfängt, zeigen welches die entscheidenden treibenden Kräfte bei der Verhängung, Durchführung und Aufhebung des Gesetzes gewesen sind.² Den Versicherungen Bismarcks und Bennigsens vom 9. Oktober 1878, dass die Gewerkschaften verschont bleiben sollten, widersprach die Praxis. Sämtliche Gewerkschaften ausser den Buchdruckern wurden sofort verboten. Die Buchdrucker stellten sich nach anfänglichen „Schwierigkeiten“ freiwillig unter polizeiliche Kontrolle. Versammlungsfreiheit fehlte vollständig, und damit die erste Voraussetzung gewerkschaftlicher Betätigung. Die einzige nach dem Erlass des Sozialistengesetzes in Berlin einberufene Gewerkschaftsversammlung, die der Tischler, wurde bei ihrer Eröffnung sofort polizeilich aufgelöst (3. November 1878). Als trotz aller Behinderung die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter wieder begann, kam der Streikerlass Puttkamers vom 11. April 1886, der auf die Initiative der Berliner Bau- und Innungsmeister zurückging. Die Berliner Bau- und Innungsmeister hatten dem Minister des Innern, von Puttkamer, eine Liste der „Rädelsführer“ beim Maurerstreik von 1885 vorgelegt und Ausweisungen und Auflösungen gefordert. Drei am Streik führend Beteiligte, darunter Kessler, der spätere Führer der lokalistischen Opposition gegen die Zentralisierungsbestrebungen Carl Legiens in den

¹ Carl Legien, Die Organisationsfrage, ein Beitrag zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, 1891. „Mit dem am 1. Oktober 1891 eintretenden Fall des Sozialistengesetzes begann man in Deutschland den Gewerkschaften, welche bis dahin als ein wesentlicher Stützpunkt der Arbeiterbewegung dadurch gegolten hatten, dass sich die Genossen, denen eine Parteiorganisation unmöglich war, zusammenfanden, mehr als je zuvor den Charakter einer rein wirtschaftlichen Kampforganisation zu geben.“

² Der Deutsche Handelstag veranstaltete 1873 zu dem ausgesprochenen Zweck, planmässig gegen die Arbeiterkoalitionen vorgehen zu können, eine Rundfrage unter seinen Mitgliedern: „Der Umfang der Arbeiterorganisationen und die Besorgnis, dass dieselben eine nachteilige Rückwirkung auf die deutsche Industrie haben könnten, sind für den bleibenden Ausschuss des Deutschen Handelstages Anlass“ zu diesem Rundschreiben gewesen, heisst es im Deutschen Handelsblatt darüber. Vgl. Maximilian Meyer, Statistik der Streiks und Aussperrungen im In- und Auslande, Leipzig 1907, S. 28.

Gewerkschaften, wurden aufgrund des Paragraphen 28 des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen. Diese Männer hatten in der Sozialdemokratie bisher keine Rolle gespielt.¹ Das Sozialistengesetz war also von Beginn an auch gegen die Gewerkschaften und gegen Lohnbewegungen gerichtet. Der Streikerlass Puttkamers schaffte keine neue Situation. Er bedeutete nur die Kodifizierung eines bereits bestehenden Zustandes. Das Argument, „hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution“, das für die Begründung des Streikerlasses angeführt wurde, war nur die Übersetzung der Unternehmerwünsche in eine den Junkern plausible Sprache.²

Bei der Renaissance der Gewerkschaften in den achtziger Jahren trat noch deutlicher als im Gründungsjahr 1868 der selbständige und spontane Charakter der Gewerkschaftsbildung hervor. Die Geschichte der Gewerkschaftsgründungen im Jahre 1868 hatte höchst eindrucksvoll die dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und politischer Partei zugrunde liegende Struktur gezeigt. Die Parteien, die Arbeiterparteien ebenso wie die Fortschrittspartei, hatten gar keine Wahl – ihre Programme mochten die Gewerkschaften ablehnen oder anerkennen: die industrielle Entwicklung hatte die Gewerkschaftsfrage unter der Hand in die Frage verwandelt, wer die Massenbewegung der Lohnarbeiter für seine politischen Zwecke nutzbar machen wird. Parteiraison gebot, schnell zu handeln. Das paradoxe Schauspiel, das die drei beteiligten politischen Gruppen im direkten Verhältnis ihrer theoretischen Abneigung gegen die Gewerkschaften sich an den Gründungen des Jahres 1868 beteiligten, zeigt, dass die Gründer sich von einer Bewegung tragen liessen, die tiefere und ursprünglichere Wurzeln hatte, als dass sie auf die Dauer bevormundet werden könnte. Der Übereifer, mit dem man sich um die kaum vorhandenen, erst für die Zukunft erwarteten Gewerkschaften bemühte, verriet, welche strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse zugrunde lagen. Die Lassalleaner Schweitzer und Fritzsche machten mit der Einberufung des Berliner Arbeiterkongresses den Anfang, obgleich für den Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die Festlegung auf das „eherne Lohngesetz“ den Weg zu gewerkschaftlicher Betätigung programmatisch verbaute. Allerdings mussten Schweitzer und Fritzsche, da die Resolution, die die Gründung von Gewerkschaften von Vereins wegen empfahl, auf der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durchfiel, als Privatpersonen handeln. Marx schrieb am 13. Oktober 1868 an Schweitzer dazu folgendes: „Sie selbst haben den

¹ Vgl. Ignaz Auer, *Nach zehn Jahren*, S. 152. Auer gibt für die achtziger Jahre 16 Auflösungen von 10 lokalen Fachvereinen an, 1868: 4, 1887: 1, 1888: 1. S. 355–356.

² Auer, a.a.O., S. 145 ff.

Gegensatz zwischen Sektenbewegung und Klassenbewegung in Ihrer eigenen Person erfahren. Die Sekte sucht ihre *raison d'être* in ihrem *point d'honneur*, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemeint hat, sondern in dem besonderen Schiboleth, das sie von ihr unterscheidet. Als Sie daher zu Hamburg den Kongress zur Trade-Union-Stiftung vorschlugen, konnten Sie den Sektenwiderstand nur niederschlagen durch Drohung, die Präsidentenwürde niederzulegen. Sie waren ausserdem gezwungen, Ihre Person zu verdoppeln, zu erklären, das eine Mal als Sektenhaupt und das andere Mal als Organ der Klassenbewegung zu handeln." Marx forderte von ihm die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Nur so hätte Schweitzer einen grossen Fortschritt vollziehen können und bewiesen, dass die Klassenbewegung und ihr Interesse der Inhalt seines Handelns sei. „Statt dessen haben Sie“, fuhr Marx fort, „in der Tat die Forderung an die Klassenbewegung gestellt, sich einer besonderen Sektenbewegung unterzuordnen.“ Die Geschichte des 1868 in Berlin gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsverbandes ist die Geschichte des raschen Verkümmerns aller selbstständigen gewerkschaftlichen Tätigkeit unter den Herrschaftsansprüchen des hochzentralisierten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Die Zentralisierung der Gewerkschaftsfinanzen in der Zentralkasse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch einen Beschluss von 1874 bedeutete die faktische Liquidierung der 1868 gegründeten Lassalleanischen Gesellschaften. Bei der Gründung der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften durch die Fortschrittspartei, der zeitlich zweiten Gewerkschaftsgründung des Jahres 1868, handelte es sich um den taktischen Gesichtspunkt der Gewinnung von Arbeiterstimmen für die Fortschrittspartei. Man findet bei den Eisenachern, bei Bebel und Liebknecht, damals die relativ verständnisvollsten Äusserungen über gewerkschaftliche Bestrebungen. Bebel hatte für die seit dem Nürnberger Vereinstag propagierten Gewerksgenossenschaften ein Musterstatut ausgearbeitet, das eine bewusste Antithese zu dem Schweizer'schen Statut des Berliner Kongresses darstellt. Es verstand sich von selbst, dass bei der Gründung der lokalen Fachvereine in den achtziger Jahren allenthalben Sozialdemokraten den aktivsten Anteil nahmen. Man konnte unter dem Ausnahmegesetz schwerlich aktiver Gewerkschaftler sein, ohne Sozialdemokrat zu werden. Die Anfänge der gewerkschaftlichen Tätigkeit eines Mannes wie Carl Legien – des späteren Initiators der Gewerkschaftszentralisierung und lebenslangen Führers des ADGB – zeigen diesen Sachverhalt ganz eindeutig. Sie zeigen auch, dass diese neue Arbeitergeneration ihre ökonomischen Interessen bestimmter und bewusster ergreift als in den sechziger Jahren die Bebelgeneration. Legien war

in allererster Linie gewerkschaftlich interessiert. Er wurde Sozialdemokrat, weil es ihm ganz selbstverständlich sein musste, dass er nur bei gleichzeitigen Widerstand gegen die politische Reaktion seine gewerkschaftliche Ziele ernsthaft verfolgen konnte. Auf dem Kölner Parteitag 1893 musste er sich den Vorwurf Ignaz Auers gefallen lassen, er gehöre zu den Nachgeborenen, der Generation, die um 1890 in die Bewegung kam, die die politischen Frühformen der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr aus eigener Erfahrung kannte und vom Sozialistengesetz nur die letzte Phase aktiv mitgemacht hatte. Die Geschichte all dieser Fachvereine zeigt uns das Gleiche: eine entwickeltere Generation von Arbeitern als jene, die 1868 dem Rufe Schweitzers gefolgt waren.¹

„Noch zu keiner Zeit“, heisst es 1888 im Berliner Volksblatt, „gab es in Deutschland eine so grosse Zahl und so umfangreiche Arbeitseinstellungen wie jetzt, zehn Jahre nach Proklamierung des Sozialistengesetzes und zwei Jahre nach dem berühmten Streikerlass“.² Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass diese noch immer schwachen Ansätze einer neuen Gewerkschaftsbewegung einer der wichtigsten Gründe für die Aufhebung des Ausnahmezustandes gewesen sind. In der Redaktion des Berliner Volksblattes, der führenden Parteizeitung, war man sich damals über diesen Sachverhalt durchaus im klaren. Die Gewerkschaftsfragen, hiess es, seien der kardinale Streitpunkt, an dem sich die Interessen und damit die Geister schieden. Der politische Radikalismus der Sozialdemokratie kollidiere nicht mit den Gesamtinteressen der Bourgeoisie. Der Klassengegensatz bestehe in der Stellung zur Koalitionsfreiheit; in der Politik denke das Bürgertum „ganz und gar sozialdemokratisch“.³ „Die Vernichtung des

¹ Die lokalen Fachvereine waren keineswegs als Deckorganisationen der illegalen Partei gegründet worden. Dazu eigneten sie sich schon deshalb nicht, weil sie selber den Verfolgungen des Sozialistengesetzes ausgesetzt waren. Tabakkollegien und gesellige Vereine waren zweckmässiger. Vgl. W. Bloss, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten. Ein Artikel im Berliner Volksblatt „Politik in der Arbeiterbewegung oder nicht?“ befürwortet mit Hinweis auf das bestehende Vereinsgesetz politische Neutralität der Fachvereine. Berliner Volksblatt, Jg. II, 1885, Nr. 295.

² Berliner Volksblatt, Jg. V, 1888, Nr. 129.

³ Berliner Volksblatt, a.a.O. „Der politische Radikalismus und auch die hier und da zutage tretende Religionslosigkeit bei den Arbeitern würde unser Bürgertum gar nicht genieren, in diesen Punkten denken die Bourgeois in ihres Herzens innerstem Schrein ganz und gar ‚sozialdemokratisch‘.... Was sie aber geniert und ihnen an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung so ungemein gefährlich und verderblich erscheint, das ist, dass die Arbeiter nach einer menschenwürdigen Existenz streben und zu diesem Behuf auf einen grösseren Anteil an den Erträgnissen ihrer Arbeit Anspruch machen.“ „... Wenn das Sozialistengesetz nicht den Zweck mithätte, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verkümmern, wenn möglich ganz zu entziehen, dann würde die Zahl der Verehrer des Ausnahmegesetzes bald ganz bedeutungslos zusammenschrumpfen.“

Vgl. auch Berliner Volksblatt, Jg. VI, 1889, Nr. 176.

Koalitionsrechtes der Arbeiter war gerade der Hauptzweck, welchen der weitaus grösste Teil der Verehrer des Sozialistengesetzes mit demselben verfolgte. Kann dieser Zweck nicht erreicht werden – und er wird nicht erreicht, denn der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen gegenüber muss auch die stärkste Polizeigewalt kapitulieren – so verliert das Sozialistengesetz für den grossen und kleinen Bourgeois seinen Wert. Jeder Streik aber zerstört einen Teil des Nimbus, der das Sozialistengesetz in den Augen der Bourgeoisie umgibt. Als dieser Nimbus zum ersten Mal sich zu verflüchtigen begann, da erschien der bekannte Streikerlass, aber auch dieser vermag das Verhängnis in seinem Laufe nicht aufzuhalten.”¹ Hier werden die Gewerkschaftskämpfe dem politischen Radikalismus der Sozialdemokratie als das spezifisch Proletarische dem bürgerlichen Sozialdemokratismus konfrontiert.

Die Gewerkschaften – 1877 hatten sie kaum 50.000 Mitglieder, 1890 siebenmal soviel² – hatten unter dem Ausnahmezustand erhöhte Bedeutung für die Sozialdemokratie gewonnen, und zwar gerade als spezifisch gewerkschaftliche Organisation. Als sie sich nun anschickten, ihre gewerkschaftlichen Aufgaben planmässiger als zuvor in Angriff zu nehmen und ihre Organisation zentral zusammenzufassen, wurde das Monopol des Parteivorstandes auf die Führung der Arbeiterbewegung zum ersten Mal erschüttert.

In den sechziger und siebziger Jahren, der Entstehungsphase der Gewerkschaften, hatte es an den Voraussetzungen für eine lebensfähige Zentralisierung gefehlt. Die Pläne Theodor Yorks in dieser Richtung blieben Zukunftsmusik. Als nun nach Aufhebung des Sozialistengesetzes die wiedererstandenen Gewerkschaften nachholten, was ihnen in den sechziger und siebziger Jahren unmöglich gewesen, stiessen sie auf die unglücklichen Bedingungen einer noch immer anhaltenden wirtschaftlichen Depression.³ Trotzdem waren die Pläne Carl Legiens erfolgreich.

Als der erste deutsche Gewerkschaftskongress in Halberstadt im März 1892 den Zusammenschluss der Zweigvereine verwandter Berufe in gesamtdeutsche Verbände beschloss, war damit aus der seit 1887 bestehenden Hamburger Generalkommission die Zentralinstanz der deutschen Gewerkschaften geworden.

¹ Berliner Volksblatt, a.a.O.

² Nach Angaben der Generalkommission der Gewerkschaften war die durchschnittliche Monatseinnahme 1877: 33.551 Mk., 1891: 93.000 Mk.; Gewerkschaftszeitungen 1877: 15, 1891: 54.

³ Ignaz Auer auf dem Kölner Parteitag, 1893: „Die Kommission hat nämlich einen sehr unglücklichen Geburtstag; sie ist entstanden in einer Zeit, wo auch Gewerkschaftler ihr keine grosse Chance geben.“

Ignaz Auer, der Organisationspraktiker der Partei, hatte zwei Jahre vor dem Halberstädter Gewerkschaftskongress die Zentralisierungsbestrebungen der Generalkommission lebhaft befürwortet. Er schrieb im Juli 1890 in einem Artikel im Berliner Volksblatt, der damals viel Aufsehen erregte: „Wir glauben, dass der Weg, den man mit den Generalkommissionen und Zentralstreikkommissionen an einzelnen Orten einzuschlagen beginnt, der richtige ist, dass er verfolgt und verbreitet werden muss... Der Klassenkampf, die weite Ausdehnung, die heute die Unternehmer dem Kampfe zu geben bemüht sind, machen eine solche Gesamtorganisation dringend notwendig. Wäre sie schon vorhanden gewesen, dann hätten den Hamburger Ausschlossenen ganz andere Mittel zur Verfügung gestanden als heute. Die Unternehmer hätten sich dann wohl sehr besonnen, den Ausstand hervorzurufen.“

Derselbe Ignaz Auer hat, als die Gewerkschaften seinem Rate folgten und energische Bemühungen für die Zentralisierung unternahmen, sich sehr verärgert gegen diese Bemühungen gewandt. Er schrieb nur ein Jahr später, 1891, also kurz vor dem Halberstädter Gewerkschaftskongress, an Legien, dass nach seiner Meinung die Generalkommission neben dem Parteitag nicht werden bestehen können. Schliesslich wandte er sich 1893 – mit einem Briefe an Legien, den dieser in seinem Referat auf dem Kölner Parteitag zitiert hat, – gegen die „Separationsbestrebungen“ der Gewerkschaftler.

Die Zahl der „alten Genossen“ aus der Zeit des Sozialistengesetzes, heisst es in diesem Brief, sei zu gross, als dass die Separationsbestrebungen Erfolg haben könnten. „Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Teil der organisierten klassenbewussten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden – etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Teil derselben ist – macht sich mit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisierende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche speziell in der Generalkommission ihren Ausgangs- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt, und wenn sie grösseren Anklang finden, geradezu für verhängnisvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung... Es mag ja für die Leute der Generalkommission sehr ärgerlich sein, dass der Einfluss dieser Körperschaft ein so bescheidener gewesen ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Gompers und Konsorten blüht... Auch dem ‚Corres-

pondenzblatt' scheint das Fell arg zu jucken, und wenn es dann sein muss, dann wird es auch gelegentlich gestrichen werden. Hoffentlich seht Ihr aber bald noch zur rechten Zeit ein, dass es etwas Besseres zu tun gibt als sich gegenseitig zu reiben."¹ Das Referat Legiens und das Korreferat Auers zu dem Tagesordnungspunkt „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen“ hatte fast ausschliesslich die Rivalität der beiden Spitzen zum Gegenstand.²

Der Parteivorstand dekretierte 1893 in seiner vom Kölner Parteitag angenommenen Resolution, dass seit dem Hallenser Parteitag von 1890 „kein Ereignis eingetreten ist, das eine Änderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller, sei es in faktischer Richtung, notwendig erscheinen lässt.“ Mit dieser Resolution ignorierte der Parteitag das entscheidende Ereignis in der deutschen Arbeiterbewegung nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, die Konstituierung einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung mit eigener Spitze.

Die grundsätzliche Bedeutung des Konflikts konnte in dieser ersten Etappe auch der Generalkommission nicht klar werden. Ganz abgesehen davon, dass der Kölner Parteitag zur „Guillotine für die Gewerkschaftsbewegung“ wurde,³ war das Misstrauen gegen die Generalkommission von allen Seiten so gross, dass es zähen Festhaltens an der einmal begonnenen Aufgabe bedurfte, um nicht den Mut zu verlieren. Das Misstrauen war nicht auf die Partei beschränkt, sondern reichte weit in die Reihen der Gewerkschaftler. Die Tabakarbeiter und die Handschuharbeiter sperrten ihre Beiträge, und noch 1896, auf dem um ein Jahr verschobenen zweiten Gewerkschaftskongress, verlangten einige Delegierte die vollständige Aufhebung der Generalkommission. Das Berliner Gewerkschaftskartell lehnte die Vorbereitung des in Berlin stattfindenden Kongresses ab; ein besonderes Komitee musste damit beauftragt werden. Die von einer Reihe von Metallarbeiterverbandsgruppen beantragte Auflösung der Generalkommission wurde damit begründet, dass diese „infolge ihrer bürokratischen Organisation für die freie Entwicklung der Gewerkschaften hinderlich“ sei.⁴ Der Verbandsvorstand der Metallarbeiter brachte einen ähnlichen Antrag ein.

¹ Protokoll des Kölner Parteitages 1893, S. 186.

² a.a.O., S. 189. Auer: „Sowie wir diese persönlichen Momente beseitigen, ist die alte Ruhe, der alte Friede wieder hergestellt.“

³ a.a.O., S. 203. Der Parteitagsdelegierte Paul aus Hannover: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden.“

⁴ Protokoll des Berliner Gewerkschaftskongresses 1896, S. 69.

Die Kompetenzen der Generalkommission und des Parteivorstandes waren nicht voneinander abgegrenzt. Jede Massnahme der neuen Zentralbehörde rief die Rivalität aufs neue wach. Der erste Versuch einer selbständigen Inangriffnahme sozialpolitischer Fragen wurde im Vorwärts, dem Zentralorgan der Partei, als „die dunklen Pläne der Generalkommission“ denunziert. Die Generalkommission hatte angeregt, parallel zum nächsten Gewerkschaftskongress eine sozialpolitische Konferenz abzuhalten, zu der die Delegierten in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Hatte aber die Partei nicht auf ihren Parteitag die Instanz geschaffen, von der der Arbeiterbewegung alle Direktiven gegeben wurden? Wollten die Gewerkschaften sich eigenhändig das Recht anmassen, der Gesamtbewegung Direktiven zu geben? „Sollte... ein solcher Schritt unternommen werden, so hätte auch die Gesamtpartei ihr Wort mitzureden.“¹

Die Zeitung der Handschuhmacher hatte Andeutungen über die geplante sozialpolitische Konferenz gemacht, Andeutungen, die – wie es im Vorwärts hiess – „zu recht sonderbaren Vermutungen führen konnten.“ Die Partei fühlte sich umgangen. Der Vorwärts stellte fest, dass eine „Besprechung der Vereinsgesetzgebung und der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze auf einem besonderen Gewerkschaftskongress zu Misständen führen“ müsste, und drängte auf vorherige Verständigung mit den leitenden Personen der Partei. „Wir wiederholten, dass wir es nicht als im Interesse unserer Partei liegend erachten, zwei Instanzen zu schaffen, welche Direktiven zu geben haben.“²

Das Correspondenzblatt der Gewerkschaften verwahrte sich gegen die willkürliche Begrenzung des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises durch die Sozialdemokratie. Die Erringung voller Koalitionsfreiheit, der Aufbau der Arbeiterschutzgesetzgebung seien unmittelbar gewerkschaftliche Fragen. Es seien im Grunde Lohnfragen. Vor allen Dingen sei die Kontrolle der Durchführung, die Realisierung sozialpolitischer Errungenschaften, eine Aufgabe, der die Partei mit ihrem Wahlapparat und ihren Redaktionen nicht gewachsen sein könne. Der Ausbau des Fabrikinspektorats und die Er kämpfung der Wählbarkeit der Fabrikinspektoren durch die Arbeiter und aus den Reihen der Arbeiter seien gewerkschaftliche Zielsetzungen. Was bis zur Verwirklichung dieser Forderung geschehen kann, die Errichtung einer zentralen Beschwerdeinstanz und eine wirksame Vorarbeit für die Vertreter der Arbeiterinteressen im Parlament, liesse sich von der Partei schwerer leisten als von der Gewerkschaft. „Kongresse politischer Parteien können wohl im allgemeinen Stellung zu diesen For-

¹ Vorwärts, Jg. XII, 1895, Nr. 73.

² a.a.O.

derungen nehmen, ihre praktische Propagierung muss Aufgabe der Gewerkschaften sein." Ein sozialpolitischer Gewerkschaftskongress sei ein Weckruf für die Arbeiter, selbst die Initiative zu ergreifen. Dem Einwand, dass die Behandlung dieser Fragen nach der damaligen Gesetzesauslegung zur politischen Tätigkeit gehöre, begegnete das Correspondenzblatt mit dem Hinweis auf die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, welche lehre, dass „überall da, wo die Arbeiter als geschlossene Massen Stellung zu diesen Fragen genommen haben, sie sich dadurch das Recht erwirkten, Stellung nehmen zu dürfen." Nur einseitige Parteidoktrinäre könnten in einem solchen Vorgehen eine Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung erblicken.¹

Auf dem Berliner Gewerkschaftskongress standen in erster Linie die Metallarbeiter, aber auch andere Verbände in Opposition zu der Generalkommission und ihren „dunklen Plänen". Der Hauptredner der Opposition, der Metallarbeiter Schlicke, führte unter anderem aus: „Die sogenannten dunklen Pläne der Generalkommission waren in der Tat sehr bedenklich und forderten die Kritik heraus... Ich kann die Entrüstung in den einzelnen Gewerkschaften sehr wohl begreifen. In der Generalkommission glaubt man jetzt, das Gegengewicht gegen den Parteivorstand zu besitzen, dem die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge sein soll." Unter diesen Umständen hatte die Generalkommission wenig Interesse an einer Betonung der Differenzen mit dem Parteivorstand und an einem Hinweis auf die Debatten der vorangegangenen Parteitage. In ihrem Bericht an den Berliner Kongress heisst es: „Es mag auffallend erscheinen, dass die verschiedenen Vorgänge der letzten Jahre, die eine lebhaftige Bewegung unter den Arbeitern Deutschlands hervorgerufen haben, wie die sogenannten 'dunklen Pläne der Generalkommission' und die Auseinandersetzung auf dem Kölner Parteitag in den gedruckten Berichten nicht aufgeführt sind. Die Generalkommission legte wenigstens den ersten beiden Vorkommnissen nicht eine solche Bedeutung bei, dass es notwendig schien, sie dem Bericht einzufügen." Die geplante gewerkschaftliche sozialpolitische Konferenz musste bei der Ungunst der Konjunktur und bei dem Widerstand, den die Anregung hervorrief, unterbleiben. Der blosse Plan hatte genügt, die geschilderte Nervosität hervorzurufen.

In dieser ersten Phase, die mit der Gründung der Generalkommission einen entscheidenden Fortschritt brachte, blieb im Bewusstsein der Beteiligten alles beim alten. Den Inhabern der bisher einzigen zentralen

¹ Correspondenzblatt, Jg. V, 1895, Nr. 4, S. 13-15.

Führungsstelle erschienen die geringfügigen Resultate, die der Tätigkeit der neuen Generalkommission beschieden waren, als ein überzeugendes Zeichen dafür, dass die zweite Spitze der Existenzberechtigung entbehre, und liessen auch bei den Inhabern der neuen Führungsstelle ein richtiges Bewusstsein davon, was sich zwischen den Parteitagen von Halle und von Köln ereignet hatte, nicht aufkommen.

Die neue Rolle der Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung wie auch ihre Schwierigkeiten waren durch die Wirtschaftslage wesentlich bestimmt. Die rasch einsetzende kurze Hausse 1888-1890 – an der Berliner Börse stiegen die Aktien der Berg- und Hüttenwerke mit einem Gesamtkapital von 421 Millionen um 38% – hatte unter anderem die Bergarbeiterstreiks des Jahres 1889 ausgelöst, die alles in den Schatten stellten, was man in Deutschland an Arbeitskonflikten gewohnt war. Kaum war das Sozialistengesetz weggefallen, da veranstaltete die preussische Regierung überstürzt eine Enquête, deren Zweck es war, die bei den Streiks von den Arbeitern verübten Kontraktbrüche als eine Handhabe gegen das Koalitionsrecht an den Tag zu bringen. v. Puttkamer war bereits Ende 1890 in der Lage, der Reichstagskommission, die über den betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung beriet, mit dem Resultat dieser Enquête aufzuwarten. Vom 1. Januar 1889 bis zum April 1890 wurden im Deutschen Reiche 1.131 Streiks mit mehr als je zehn Beteiligten gezählt, an denen insgesamt 394.440 Arbeiter beteiligt waren. 39,7% der Streiks waren erfolglos, 43,5% endeten mit einem Vergleich. Schliesslich bringt 1891 v. Berlepsch, der Nachfolger Puttkamers im Preussischen Innenministerium, eine Verschärfung der Arbeitswilligen-Schutzbestimmungen im Reichstag ein.

Für Hamburg gibt das sehr materialreiche Buch Heinrich Bürgers¹ für die Zeit von 1885-1890 insgesamt 112 Arbeitskonflikte an. Ein Fünftel davon waren durch Lohnkürzungen hervorgerufen, 1865-1884 waren es nur ein Achtzehntel aller Streiks gewesen.

Das Anwachsen der Lohnbewegungen Ende der achtziger Jahre und der Umstand, dass die lokalen Fachvereine die einzige legale Organisationsform überhaupt waren, liessen alle Kräfte der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften zusammenfliessen. Die Gründung der Zweiten Internationale 1889 in Paris, der Fall des Sozialistengesetzes 1890 und die Entlassung Bismarcks, die Februarerlasse Wilhelm II., das sprunghafte Anschwellen der sozialdemokratischen Wahlstimmen – vor allen

¹ Heinrich Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865-1890, Hamburg 1899.

Dingen aber die ungestüme Streikwelle, die 1889-1890 die deutschen Arbeiter ergriff, und die grossen Erwartungen, die sich an die erste Maifeier 1890 knüpften, charakterisieren die Ausgangssituation. Rosa Luxemburg hat einmal in der Leipziger Volkszeitung die grundlegende Bedeutung, die den Gewerkschaften dabei zukam, hervorgehoben: „Wäre nicht in den achtziger Jahren eine kräftige Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ins Leben getreten, Deutschland hätte nicht im Februar 1890 1½ Millionen sozialdemokratischer Stimmen gezählt.“¹ Allerdings erscheinen in dieser Aussage sozialdemokratische Wahlstimmen als das Hauptergebnis der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Der kurzen Erleichterung folgte eine empfindliche Baisse, die vier Jahre lang andauerte und in der amerikanischen Krise des Jahres 1893 ihren Tiefpunkt fand. Unter der Last der nun wieder überwiegenden Depression fand der gewerkschaftliche Aufschwung ein rasches Ende. Die oft schlecht organisierten „wilden“ Streiks des Jahres 1890-1891 bedrohten häufig den Bestand der gerade erst formierten Organisationen.

Für 1890-1891 zählte die amtliche preussische Statistik 287 Streiks mit 35.216 Beteiligten. Für 1893-1894: 122 Streiks mit 6.905 Beteiligten. Die Durchschnittszahl der an einem Streik Beteiligten war 1890-1891: 123, 1893-1894: 57.

Die Gewerkschaftsstatistik, die allerdings gerade in diesen ersten Jahren unvollständig ist, zählte für alle ihre Organisationen 1890-1891: 236 Streiks mit 38.536 Beteiligten. Davon waren 147 mit 33.379 Beteiligten Angriffsstreiks und nur 79 mit ca. 5.000 Beteiligten Abwehrstreiks. Der Angriffsgeist dieses Jahres kann durch nichts besser illustriert werden.

Die Streiks gehen bald rapide zurück:

| Jahr | Angriffsstreiks | Beteiligt | Wochen | Abwehrstreiks | beteiligt | Wochen |
|--------|-----------------|-----------|--------|---------------|-----------|------------------|
| 1890/1 | 147 | 33.397 | 843 | 79 | 5.139 | 509 |
| 1892 | 20 | 1.135 | 97 | 53 | 1.887 | 391 |
| 1893 | 37 | 4.962 | 151 | 79 | 3.126 | 389 |
| 1894 | 38 | 3.035 | 188 | 91 | 1.112 | 686 ² |

Die grossen Bergarbeiterstreiks des Jahres 1889 endeten mit Niederlagen. Die Entlassung von achtzig Streikenden und Zusammenstösse mit der Polizei waren das Signal zur Ausbreitung der Anfang

¹ Leipziger Volkszeitung, November 1899, Rosa Luxemburg Werke, Herausgeg. von Paul Frölich, Bd. IV, S. 126.

² Correspondenzblatt 1901, S. 454.

Mai zunächst lokal begonnenen Teilkämpfe. Am 13. Mai standen fünf Sechstel aller Bergarbeiter des Ruhrgebietes im Streik(90.000), der nun auf das benachbarte Aachener Bergrevier und schliesslich auf das Saargebiet und das Königreich Sachsen übergriff. Gleichzeitig kamen in Ober- und Niederschlesien Lohnkämpfe in Fluss. Mangelhafte Streikfinanzierung und der Import ausländischer Kohle führten Ende Mai zum Zusammenbruch der Bewegung. Ein Bittgang zum Kaiser und dessen mit Tadel gewürztes Wohlwollen begünstigte das Zustandekommen eines Kompromisses, konnte aber nicht verhindern, dass die Unternehmer durch massenhafte Massregelungen und durch die Einführung schwarzer Listen den Widerstand der Arbeiter brachen. Zum Beispiel wurden im Saargebiet, wo in 1892 25.000 Arbeiter streikten, 2.457 Arbeiter gemassregelt, die zum grössten Teil im Revier keine Arbeit mehr fanden. Ökonomisch brachte die unfreiwillige Produktionseinschränkung den Unternehmern eine Preis- und damit Gewinnsteigerung, und organisatorisch war der Zusammenschluss der Zechen zu Streikversicherungskassen das wichtigste Resultat.

Selbst die höchstorganisierten Buchdrucker waren bei der Tarifrevision von 1891 der Überlegenheit der Unternehmer ohnmächtig ausgeliefert. Sie hatten angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit den Neunstundentag und einen Lohnausgleich durch Erhöhung des Akkordlohns um 10 Prozent gefordert. Nach Ablehnung eines Kompromissvorschlages – $9\frac{1}{2}$ Studen und 5% – traten sie in einen langen und erfolgreichen Streik. Zehn Wochen kämpften sie erbittert und fanden dabei die solidarische Unterstützung deutscher und ausländischer Arbeiter, die erhebliche Gelder für sie sammelten. Der Streik kostete 2.750.000 Mark. Er wurde durch Intervention des Staates niedergeschlagen. In Stuttgart beschlagnahmte man die Invalidenkasse, und in Berlin verbot der Polizeipräsident dem Buchdruckerverbände, Streikunterstützungen zu zahlen und Extrabeiträge zu erheben. Am 13. Januar 1892 beendete das sogenannte Döblin-Büxenstein-Abkommen den Streik. Die Arbeit musste zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden.

Die Arbeitsmarkttenenz wirkte sich in einer Verschlechterung der Löhne aus.¹ Die Mitgliederbewegung bei den Gewerkschaften war rückläufig, 1891: 277.659, 1893: 223.530. Schon im Dezember 1891 schrieb das Correspondenzblatt der Generalkommission: „Unverkennbar macht sich gegenwärtig in den Gewerkschaften eine überaus starke pessimistische Stimmung bemerkbar. Es gewinnt den Anschein,

¹ Der Reallohn in Preussen (1900=100) sank von 77,7% im Jahre 1890 auf 69,1% im Jahre 1895. Vgl. Carl von Tyszka, Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1914.

als sollte die Meinung Platz greifen, die gewerkschaftlichen Organisationen würden in der gegenwärtig ungünstigen Konjunktur zugrunde gehen und nicht wieder auferstehen, und die radikale politische Tendenz würde die deutschen Arbeiter abhalten, ihre Kraft den Organisationen für den Kampf um ihre Lebenshaltung wieder zuzuwenden.”

In der allgemeinen Stagnation, die den Arbeitsmarkt und das Gewerkschaftsleben ergriffen, versackten auch die Kämpfe um die erste Maifeier, innerparteilich und nach aussen. Aussperrungen und Massregelungen der Unternehmer waren in verschiedenen Orten, z. B. in Hamburg, die Antwort der Unternehmer auf die Maiaktion. Die überschwänglichen Hoffnungen einiger radikaler Parteigruppen, in Berlin, in Magdeburg, in Dresden, die das Gebäude des Kapitalismus bereits zusammenstürzen sahen, während nur Bismarck stürzte, die grossen Erwartungen, die sich an die Gründung der Zweiten Internationale und die von ihrem ersten Kongress in Paris beschlossenen Massenaktionen für den 1. Mai geknüpft hatten, wurden durch die zögernd bedächtige Maitaktik des Parteivorstandes enttäuscht und riefen die Opposition der „Jungen“ gegen „die parlamentarische Versumpfung der Partei“ hervor. Nach kurzer Eigenexistenz ausserhalb der Partei ging die „Unabhängige Sozialistische Bewegung“ der Jungen wirkungslos zugrunde. Im Briefwechsel zwischen Bebel und Engels war bloss von einer „Studentenrevolte“ die Rede. Die lokalistische Opposition in den Gewerkschaften, die sich später als die „Freie Vereinigung der Deutschen Gewerkschaften“ selbständig zusammenschloss, konnte sich unter dem Einfluss der anhaltenden Depression ebensowenig entwickeln, wie zunächst die neugegründete Generalkommission, deren relative Ohnmacht vom Parteivorstand als ein Beweis ihrer Überflüssigkeit ausgelegt wurde. In den Kreisen des Parteivorstands sprach man von dem Streit zwischen Zentralisten und Lokalisten um die Organisationsform der Gewerkschaften als von einem „Frosch-Mäuse-Krieg“.

Das Parteizentrum stand nach zwei Seiten hin in Abwehr. Kautsky repräsentierte schon in diesen ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz ein marxistisches Zentrum, das von oppositionellen Flügeln flankiert war. Die Betonung des ökonomischen Wesens der Arbeiterbewegung – polemisch gegen das Parteizentrum – war beiden Flügeln gemeinsam. Der Vorwurf Ignaz Auers, das Legien seine besondere Wertschätzung der Gewerkschaften und seine entsprechende Geringschätzung der parlamentarischen Partei mit den „Jungen“ teile, deren neueste Entdeckung es sei, dass die Politik zu nichts taue und die Gewerkschaften die einzig brauchbare Waffe im Klassenkampf des

Proletariats darstelle – dieser Vorwurf bestand zu Recht. Legien auf dem Kölner Parteitag 1893 und Kampffmeyer, der Ideologe der „Unabhängigen Sozialistischen Bewegung“, vertraten gegenüber dem Parteizentrum die Marx'sche Auffassung von den Gewerkschaften als den Brennpunkten der Organisation der Arbeiter zur Klasse.

Die Opposition in der Partei, die „Jungen“, ebenso wie die Opposition in den Gewerkschaften, die Lokalisten, wollten mit dem Radikalismus aus der Zeit des Ausnahmegesetzes in gewerkschaftlichen Formen Ernst machen. Zwischen beiden Oppositionen liefen natürlich persönliche Fäden, obwohl die eine gegen denselben Parteivorstand rebellierte, unter den die andere die Gewerkschaftsbewegung unterordnen wollte. Die Lokalisten forderten die absolute Unterordnung unter den Parteivorstand und lehnten die Generalkommissionsgründung als eine formelle Entpolitisierung der Gewerkschaften ab aus den gleichen Motiven, aus denen die „Jungen“ sich für die volle Emanzipation der Gewerkschaften vom Parteivorstand entschieden. Die Lokalisten betrachteten den Gewerkschaftskampf als die wichtigste Form des sozialdemokratischen Kampfes, den sie ebenso wie die Jungen für einen revolutionären Kampf hielten.

Bebel ging in seinem Pessimismus in Bezug auf die weitere Entwicklung der Gewerkschaften im Krisenjahr 1893 so weit, dass Schippel ihm mit Recht vorhalten konnte, konsequenterweise könne Bebel den Gewerkschaften nicht einmal als „Rekrutenschule für die Partei“ für die Zukunft irgend eine Bedeutung beimessen.

Die Depression führte selbst bei Gewerkschaftlern zu der Auffassung, die Gewerkschaften seien „Rekrutenschulen“ für die Sozialdemokratie und das Wichtige im Gewerkschaftskampf seien nicht die materiellen Resultate, sondern die Organisierung und Bewusstseinsbildung. Die latent zugrunde liegende strukturelle Differenz war also unter dem Druck der Depression in ihrem sachlichen Inhalt auf ein Nichts zusammengeschrumpft. Nur die institutionelle Rivalität war geblieben.

In der Polemik, die der damals linke Parvus im Anschluss an die Kölner Debatten gegen Bebel führte, kündigte sich neben der syndikalistischen Unterströmung der Lokalisten und nach der Parteioption der „Jungen“ eine neue marxistische Linke an, die sich vom Kautskyanischen Marxismus ablöste.

Die in der Auseinandersetzung – innerparteilich, innergewerkschaftlich, zwischen Partei und Gewerkschaft – hervorgetretenen Gesichtspunkte lassen sich durch folgende Alternativen umschreiben, die sich überschneiden, ohne sich zu decken:

1. die Gewerkschaften als Hilfsorganisation („Spezialwaffe“, „Rekrutenschule“) oder als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse; Bebel-Auer-Kautsky gegen Legien-Kater¹-Kampffmeyer.
2. die Gewerkschaften als soziale Notwehr („Palliativmittel“) oder als die Form des materiellen und moralischen Aufstiegs der Arbeiterklasse im Kapitalismus; Kautsky gegen Legien.
3. die Gewerkschaften als Arbeitsmarktkartell oder als Durchbrechung des Warencharakters der Arbeitskraft („Entmarktung des Arbeitsmarktes“, „Verwirklichung des Sozialismus“); Legien gegen Parvus-Luxemburg.

II. NEUTRALITÄT

In der Mitte der neunziger Jahre ging die fast zwanzigjährige Depression, die „wie ein schleichendes Fieber die Gesellschaft ergriffen hatte“ (Parvus), zu Ende. Umfangreiche Neuanlagen, eine Vermehrung der Arbeiterzahl, starke Inanspruchnahme der Kreditinstitute, Umsatzvergrößerung, steigende Dividende und sinkender Zinsfuß charakterisieren das Jahr 1895. Die Bilanzen einzelner Aktiengesellschaften ergaben das Zwei-, Drei- und Vierfache der Vorjahre.² Im Frühjahr 1896 setzte spontan eine erfolgreiche Streikwelle ein. Die Mitgliederziffern der Gewerkschaften, ihre Einnahmen, Ausgaben, der Vermögensstand, die Leistungsfähigkeit in allen Unterstützungszweigen nahmen zu.

Die amtliche Statistik in Preussen zählte:
 1893-94 122 Streiks mit 6.905 Beteiligten
 1895-96 795 Streiks mit 23.714 Beteiligten.

Die Zahl der Beteiligten wächst in den folgenden Jahren weiter an. Ein Maximum der erfolgreichen Streiks wird im Winter 1895-96 und im Sommer 1896 erreicht.³

Die Streikstatistik der Generalkommission weist für das Jahr 1896 die grösste Streikbeteiligung des ganzen Zeitabschnittes auf. An 483 Bewegungen waren 128.808 Arbeiter beteiligt, das sind mehr als die in dem ganzen Jahrfünft 1890-1895 an Streiks und Aussperrungen

¹ Fritz Kater, Führer der Lokalisten, und bis zu seinem Tode in den 20er Jahren das Haupt der „revolutionären Syndikalisten“ in Deutschland.

² Der Reingewinn der Deutschen Bank stieg 1895-1899 von 11.4 auf 20,3 Millionen Mk. Die Emissionen wurden im gleichen Zeitraum verdoppelt. – Nach Calwer, Das deutsche Wirtschaftsjahr 1902, stieg die Durchschnittsdividende 1895-1900 von 7,34 auf 10,96%. – Die Roheisenproduktion stieg 1890-1895 im deutschen Zollgebiet um 0,8 Millionen Tonnen; 1895-1899 um 3 Millionen Tonnen.

³ Im Winter 1895-96 waren erfolgreich 64,5%, erfolglos 20,1% aller Streiks, im Sommer 1896 waren erfolgreich 51,2%, erfolglos 20,7% aller Streiks, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, I. S. 950.

Beteiligten. Zwei Drittel aller Bewegungen des Jahres 1896 waren Angriffsstreiks. Für 460 Streiks ist der Ausgang angegeben:

1896 von 460 Streiks 50,5% erfolgreich
 26,5% teilweise erfolgreich
 23,6% erfolglos.

Vergleichsweise waren:

1890-95 von 723 Streiks 36,8% erfolgreich
 27,1% teilweise erfolgreich
 36,1% erfolglos.

Die Angriffsstreiks waren bei weitem erfolgreicher (63%) als die Abwehrstreiks (38%). Von diesen 151 Abwehrkämpfen war ein ganzes Drittel Proteststreiks gegen Massregelungen. Im folgenden Jahr nimmt die Zahl der Streiks noch weiter zu, während Beteiligung und Ausgaben hinter 1896 zurückbleiben. 1898 überwiegen Abwehrkämpfe und Aussperrungen.

| Jahr | Angriffsstreiks | beteiligt | Wochen | Abwehrstreiks | beteiligt | Wochen |
|------|-----------------|-----------|--------|---------------|-----------|--------------------|
| 1895 | 100 | 9.730 | 399 | 94 | 4.058 | 628 |
| 1896 | 332 | 115.660 | 1.113 | 151 | 13.138 | 790 |
| 1897 | 330 | 41.180 | 1.178 | 248 | 13.949 | 737 |
| 1898 | 477 | 39.588 | 3.364 | 505 | 20.176 | 1.365 |
| 1899 | 542 | 63.193 | 2.193 | 430 | 27.570 | 1.764 |
| 1900 | 514 | 86.786 | 2.011 | 338 | 28.925 | 1.273 ¹ |

Trotz Konjunktur enden grosse Streiks mit Niederlagen. Die Abwehrorganisationen der Unternehmer machen sich für die Gewerkschaften schon in diesem Jahr empfindlich bemerkbar. Der Streik der Konfektionsschneider 1896 und vor allem der grosse Hafentarbeiterstreik 1896-97 zeigen dies deutlich.

Der Streik der schlecht organisierten Heimarbeiter in der Konfektion, einem Wirtschaftszweig mit überwiegender Frauenarbeit, endete trotz der allgemeinen Sympathie, die er in der öffentlichen Meinung fand, und trotz hoher Geldspenden, die ihm aus Arbeiterkreisen und auch aus dem Bürgertum zuflossen, mit einer völligen Niederlage. Immerhin lenkte dieser Streik die Aufmerksamkeit der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik auf das Heimarbeiterelend und führte zu Arbeiterschutzbestimmungen, die den Meistern unbequem werden sollten.

Der Hamburger Hafentarbeiterstreik dauerte von November 1896 bis zum Februar 1897. 18.000 Arbeiter waren an ihm beteiligt. Der Organisationsgrad der unqualifizierten Hafentarbeiter, bei denen eine hohe Fluktuation üblich ist, war sehr gering. In vielem erinnerte der

¹ Correspondenzblatt 1901, S. 454.

Streik an den Bergarbeiterstreik von 1889. Die Gelder wurden ad hoc aufgebracht. In Hamburg-Altona wurden 900.000 Mark gesammelt, das Berliner Gewerkschaftskartell steuerte 166.525 Mark bei. Eine Anleihe von 178.000 Mark und Spenden von 63.530 Mark kamen aus dem Ausland. Der Arbeitgeberverband lehnte eine Vermittlung durch den Hamburger Senat ab. Der Streik endete mit einer vollkommenen Niederlage.

Die Gewerkschaft der Hafendarbeiter war durch die Maifeieraktion des Jahres 1890 fast zerschlagen worden. Seit 1892 existierte ausser dem Zentralverband der Hafendarbeiter ein selbständiger Lokalverein. Die Solidaritätsaktionen im Zusammenhang mit dem grossen Hafenstreik des Jahres 1896-1897 hat den internationalen Organisationsbestrebungen der Hafendarbeiter (Tom Man) einen neuen Anstoss gegeben.

Das materielle Ergebnis des wirtschaftlichen Aufschwunges war für die Arbeiter nicht sehr ergiebig. Zwar stiegen im allgemeinen die Löhne, und auch die Tendenz zur Senkung der Arbeitszeit setzte sich durch.¹ Aber nur 45 Prozent aller Streiks brachten Verbesserungen, 21 Prozent sogar Verschlechterungen. Noch immer waren die Hälfte aller Streiks Abwehrkämpfe, und der Prozentsatz verlorener Abwehrstreiks war zweimal so gross wie der Prozentsatz der verlorenen Angriffstreiks.²

¹ Tyszka berechnete für die Bergarbeiterlöhne im Bezirk Dortmund folgende Vergleichsziffern:

| Jahr | Nominallohn | Haushaltskosten (Durchschnittspreise für Deutschland) | Reallohn |
|------|-------------|---|----------|
| 1895 | 73 | 105 | 69 |
| 1900 | 100 | 100 | 100 |

Von 1895 an stiegen die Löhne in allen Industrieländern. Tyszka, a.a.O., S. 96.

Im deutschen Baugewerbe betrug die Arbeitszeit täglich in Stunden:

1895 von 1 442 Orten in 436 Orten:

| | |
|------------------------------------|--------------|
| 1895 von 1 442 Orten in 436 Orten: | 10 |
| „ 103 „ | 10½ |
| „ 818 „ | 11 |
| „ 85 „ | mehr als 11 |
| 1900 von 1 353 Orten „ 643 | 10 |
| „ 90 „ | 10½ |
| „ 566 „ | 11 |
| „ 54 „ | mehr als 11. |

Habersbrunner, Die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse im deutschen Baugewerbe, Leipzig 1913, S. 14.

² Im Jahre 1895 sind 46 % aller Streiks Abwehrstreiks

1897 42,9%

1899 44,5%

Trotz Prosperität nimmt der Anteil der Abwehrkämpfe nicht ab.

In dem Jahrfünft vor der Jahrhundertwende nahmen die Gewerkschaften in Deutschland jene Gestalt an, die sie bis zum Ersten Weltkriege und später in der Weimarer Republik hatten. Die Schwäche, Unentwickeltheit und Enge der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1895 lässt sich zum Beispiel an den Kassenverhältnissen illustrieren. Nur wenige Verbände konnten auch nur eine Woche lang alle Mitglieder unterstützen, wenn als wöchentliche Streikunterstützung 10 Mark angenommen wird. Die meisten Organisationen wären in einer Woche gesprengt worden, wenn die Hälfte oder ein Drittel ihrer Mitglieder gestreikt hätten. Die Mehrzahl hätte selbst dann nicht durchhalten können, wenn auch nur ein Zehntel oder weniger ihrer Mitglieder eine Woche hindurch gestreikt hätten.

Im Jahr 1894 war der folgende Jahresbetrag pro Kopf der Mitglieder im Kassenbestand:

| | | |
|-----------------------|---------------------|-----------|
| 4 Organisationen mit | 14.509 Mitgliedern | 5-10 Mark |
| 8 Organisationen mit | 42.896 Mitgliedern | 3-5 Mark |
| 15 Organisationen mit | 105.514 Mitgliedern | 1-3 Mark. |

Nur wenige Organisationen hatten etwas ausreichendere Mittel:

| | | |
|-------------------|------------------------|----------------------|
| die Hutmacher | mit 2.500 Mitgliedern | 81 Mark |
| die Buchdrucker | mit 17.275 Mitgliedern | 35 Mark |
| die Tabakarbeiter | mit 13.714 Mitgliedern | 11 Mark |
| die Bildhauer | mit 2.885 Mitgliedern | 11 Mark ¹ |

Sammellisten und Extrabeiträge waren eine unentbehrliche Finanzierungsform.

Der Organisationsgrad war niedrig. In Berlin wiesen z. B. alle Kategorien zusammen einen Organisationsgrad von 13% auf. Von den Maurern waren in der Hochsaison nur 2½% organisiert. Die Ungleichmässigkeit des Organisationsgrades wird durch einen Vergleich mit hochorganisierten Städten deutlich, z.B. mit Lübeck, wo 90 Prozent der Maurer organisiert waren. Von den Berliner Buchbindern erfassten die Gewerkschaften 14,3%, von den Hutmachern ca. 9%, von den Webern und Wirkern 11,3%, von den Metallarbeitern 16%, von den Holzarbeitern 18%. Der Reichsdurchschnitt geht aus einem Vergleich mit den in der Unfallversicherung Organisierten hervor. 1891 zählte die Unfallversicherung cirka 5 Millionen gewerblicher Arbeiter; nur 250.000 waren 1894-1895 freigewerkschaftlich organisiert, genau 5 Prozent der Unfallversicherten von 1891.²

Als nun die Gewerkschaften in die stürmische Streikwelle des

¹ Wir entnehmen diese Angaben der ausgezeichneten Schrift von Parvus, Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 1896.

² 1893 zählten die Krankenkassen 7.100.000 Mitglieder, die Gewerkschaften im gleichen Jahr 223.000 Mitglieder.

Jahres 1896 hineinkamen, musste politische Schulung der Arbeiter und der Einfluss der Sozialdemokratie viele der organisatorischen Mängel ausgleichen. Ohne die Unterstützung durch die Partei mit ihrer Presse und mit ad hoc herausgegebenen Sammellisten waren grosse Streiks damals in Deutschland überhaupt nicht denkbar. Das gab dem traditionellen Übergewicht der Partei über die Gewerkschaft plötzlich eine neue Funktion. Dabei kam aber auch die Grenze sozialdemokratischer Macht zum Vorschein. Die Partei der zwei Millionen Wähler und die Parlamentsfraktion konnten die Schwäche der Arbeiter gegenüber den Unternehmern in den Betrieben keineswegs kompensieren. Die Lohnkämpfe verzettelten sich und waren durch Hast und Eile charakterisiert. Man musste schnell siegen, wollte man überhaupt siegen.

Die amtliche Statistik in Preussen zählte:

1890-91 287 Streiks mit 35.216 Beteiligten

1895-96 795 Streiks mit 23.714 Beteiligten.

Es waren also im Durchschnitt an einem Streik beteiligt 1890-91: 123, 1895-96: 30 Arbeiter. Parvus hat das Bild in die Worte zusammengefasst: „Die Streiks haben eine wahre Musterkarte der rückständigsten Verhältnisse entrollt.“¹

Das folgende Jahrfünft hat diese Verhältnisse grundlegend gewandelt. Die Berliner Zahlstellen allein erfassten im Jahre 1903 etwa ebenso viel Gewerkschaftsmitglieder wie ganz Preussen im Jahre 1896; die Bremer Zahlstellen des Jahres 1903 so viel wie die drei Hansastädte zusammen im Jahre 1896. In derselben Zeitspanne kommt der Regierungsbezirk Magdeburg auf doppelt so viel Gewerkschaftsmitglieder wie die ganze Provinz Sachsen.² Die Gesamtzahl der freigewerkschaftlich Organisierten war 1894: 246.494 und 1900: 680.427.

Die Einnahmen stiegen im gleichen Zeitraum von ca. 2,7 Millionen auf ca. 9,4 und die Ausgaben von ca. 2,1 Millionen auf ca. 8,0. Der Anteil der Streikausgaben an den Gesamtausgaben nahm zu.

¹ Parvus, a.a.O., S. 31 ff. In der Zeit des Konjunkturschwungs 1895 hat Parvus (Pseudonym für Helphand) – damals einer der Hauptsprecher für die marxistische Linke in der Partei – um die Entwicklung gewerkschaftlichen Denkens und Handelns in Deutschland sich besonders verdient gemacht. In der zitierten Schrift von 1896 begrüsst er z.B. die zentrale Zusammenfassung der Gewerkschaften in der Generalkommission ebenso wie die Arbeiterschutzgesetzgebung – im Gegensatz zum Standpunkt des Parteivorstands – als Fortschritte. Er sieht im alltäglichen Rechtsbeistand, in der praktischen Durchführung der Fabrikinspektion, in der Vertretung der Arbeiterschaft in den Krankenkassen Tätigkeitsfelder erstmalig sich auftun, die wichtige, spezifisch gewerkschaftliche Aufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten enthalten. „Wir wären froh, wenn man in Deutschland mit den Gewerkschaften so weit wäre wie in England“. A.a.O.

² Troeltsch und Hirschfeld, a.a.O., S. 184-85.

| Jahr | 1893 | 1894 | 1895 | 1896 | 1897 | 1898 | 1899 |
|----------------------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Ausgaben pro Mitglied in M | | | | | | | |
| Kranken- u. Invalidengeld | 1,3 | 1,7 | 1,8 | 1,4 | 1,2 | 1,1 | 1,2 |
| Streikgelder | 0,3 | 0,7 | 0,9 | 2,8 | 2,1 | 2,1 | 3,5 |

Der plötzliche Sprung in den Ausgaben für Streiks von 1895 zu 1896 ist besonderes auffällig. Der hohe Anteil der Streikausgaben blieb bis 1899 und erreichte in diesem Jahre ein Maximum. Die Ausgaben für Invaliden- und Krankenunterstützung dagegen, die wichtigsten Unterstützungskosten, blieben während des ganzen Zeitabschnittes ungefähr auf gleicher Höhe. Während 1893 die Streikausgaben nur einen verschwindend kleinen Teil der Gesamtausgaben bilden und viermal soviel für Kranken- und Invalidenunterstützung ausgegeben wird, ist nach vier Jahren Prosperität das Verhältnis umgekehrt; die Streikausgaben betragen 1899 das Dreifache der Kranken- und Invalidengelder.

Auf die Belebung der gewerkschaftlichen Tätigkeit antworteten die Herrschenden mit Angriffen auf das Koalitionsrecht. Der Schutz der Arbeitswilligen sollte 1899 noch über den § 153 der Reichsgewerbeordnung hinaus strafrechtlich gesichert werden. Am 3. Februar des gleichen Jahres, im „Löbtauer Urteil“, wurden in einem Prozess gegen Streikteilnehmer 8 Angeklagte mit 53 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Gefängnis, 70 Jahren Ehrverlust bestraft. Der Kaiser hatte schon 1898 in seiner Oeynhausener Rede den Gesetzentwurf zur Verschärfung der Arbeitswilligen-Schutzbestimmungen in einer Weise angekündigt, die dem Entwurf den Namen „Zuchthausvorlage“ eingebracht hat. Der Entwurf ging von der Auffassung aus, dass die bisher geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung nur für „Lohnstreiks“, nicht aber für „Machtstreiks“ ausreichend seien, und stellte „gemeingefährliche“ Streiks unter Zuchthausstrafe. Ende Juni 1899 gelangte der Entwurf in der Fassung des Grafen von Posadowsky Freiherrn von Postelwitz, an den Reichstag, wo er im Dezember 1899 abgelehnt wurde.

Das rapide Gewerkschaftswachstum ermöglichte es der Generalkommission, die Neutralisation und Unabhängigkeit gegenüber der politischen Partei zu proklamieren. Damit waren die traditionellen parteioffiziellen Wendungen wie „Rekrutenschule“ oder „Spezialwaffe“ endgültig veraltet.

Um 1900 kam die Losung einer „gewerkschaftlichen Sammlungs-politik“ auf. Aus dem Prinzip der gewerkschaftlichen Neutralität, das

bis dahin nicht viel mehr als eine juristische Formalität und eine geeignete Formel für Mitgliederwerbung gewesen war, wurde jetzt ein Grundsatz der wirklichen Gewerkschaftspraxis, notwendig auch durch die organisatorische Konkurrenz mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der christliche Bergarbeiterverband war 1894 gegründet worden. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, ein sozialpolitisches Mindestprogramm auszuarbeiten und jedem Parlamentskandidaten die Stimme zu geben, der es anerkannte. Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899 erklärte Legien die prinzipielle Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften, mit jeder sozialpolitischen Partei zu verhandeln. „Es gibt eben keine andere Partei in Deutschland als die sozialdemokratische, die politisch vertritt, was wir in unseren gewerkschaftlichen Organisationen erörtern und fordern. Wenn einmal eine Partei in Deutschland entsteht, die das auch tut und die nötige Macht hat, dann sind wir gerne bereit, als Gewerkschaft mit ihr zu verhandeln.“¹ In die gleiche Richtung ging ein Vorschlag v. Elms, die Gewerkschaften sollten „ihre Anschauungen in sozialpolitischen Dingen in klaren, bestimmten Thesen niederlegen und als eine Standarte auf ihren Kongressen aufrichten.“ Ihre Stellung zu den Parteien solle nach deren Haltung von Fall zu Fall entschieden werden. „Die offizielle Parteinahme zu Gunsten *einer* Partei würde die Interessenpolitik schädigen.“² Ebenso setzte sich der Bergarbeiterführer Otto Hué für die Propagierung jedes Parlamentskandidaten ein, der die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften anerkannte.³

Die Neutralität der Gewerkschaften in einem bloss taktischen, juristischformellen Sinne war in der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an selbstverständlich. Sie ergab sich u.a. schon aus dem bestehenden Vereinsgesetz, das den legalen gewerkschaftlichen Zusammenschluss von einem formellen Verzicht auf „politische Tätigkeit“ abhängig machte. In den sechziger Jahren und bis zum sozialdemokratischen Vereinigungsparteitag in Gotha 1875 trat die Eisenacher Richtung (Bebel, Liebknecht) für eine Neutralität der Gewerkschaften in diesem Sinne ein, was damals hiess: neutral gegenüber dem Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Lassalleanischen Gewerkschaften waren die relativ grössten, und sie waren aus Prinzip und in ihrem Program politische Gewerkschaften. „Neutralisation“ hatte also in der deutschen Arbeiterbewegung zuerst die Bedeutung: Emanzipation von der Bevormundung der „kleinen Lassalles“ (z.B. Schweitzers). Auch der bekannte Ausspruch von

¹ Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899, Protokoll S. 219.

² Neue Zeit, Jg. XVIII, 1900, S. 356 ff.

³ Hué, Neutrale oder Parteische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, Bochum 1900.

Marx in seinem Gespräch mit Hamann, dem Kassierer der Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterschaft¹ muss in diesem Zusammenhang verstanden werden. Die Neutralisation der Gewerkschaften war ein erster Schritt zur Vereinigung der Eisenacher mit den Lassalleanern. Auf dem Erfurter Gewerkschaftskongress 1872 brachte Theodor York eine Resolution ein, die auch angenommen wurde, und die die Einheit neutraler Gewerkschaften forderte. In der Resolution hiess es: „In Erwägung, dass die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel ob sie konservativ, fortschrittlich, liberal oder Sozialdemokraten sind, gleich sehr bedrückt und ausgebeutet, erklärt der Kongress es für die heilige Pflicht der Gewerkschaften, allen Parteihader beiseitezusetzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingungen eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen...“² Nach der Vereinigung der politischen Richtungen in Gotha beschloss der Gewerkschaftskongress in Gotha: „Es ist die Pflicht jedes Gewerkschaftsgenossen, aus der Gewerkschaftsorganisation die Politik fernzuhalten.“ Die formelle Neutralität war also ein allgemein anerkanntes Prinzip. Diese formelle Neutralität bei faktischer politischer Unterordnung unter die Partei war auch die herrschende sozialdemokratische Anschauung in den neunziger Jahren.

Die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften hatte auch bei dem Streit zwischen Lokalisten und Zentralisten auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress 1892 eine Rolle gespielt. Die Mehrheit entschied sich in Halberstadt für die Generalkommission, d.h. für die selbständige organisatorische Zusammenfassung und politische Neutralität, während die lokalistische Minderheit gegen selbständige Zentralisierung und für Unterordnung lokaler Verbände unter die Partei Stellung nahm. Als Carl Legien und Karl Klosz an dem Sozialen Kongress über Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeiten, den das Freie Deutsche Hochstift im Oktober 1893 in Frankfurt veranstaltete, teilnahmen, sprach Bebel von dem Canossagang der

¹ Die Gewerkschaften verbänden die Massen gründlicher und auf die Dauer besser, als politische Parteien es könnten, sie allein seien deshalb imstande, „eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren.“ Die Äusserung von Marx aus dem Jahre 1869 ist zitiert in: Karl Marx und die Gewerkschaften, herausgegeben von F. Hertneck, Berlin o. J., S. 142.

² Auf dem Holzarbeiterkongress zu Nürnberg im Jahre 1873 erklärte Zirfas, nachdem er einiges über die Grenzen gewerkschaftlicher Tätigkeit und über die Notwendigkeit politischer Organisation gesagt hatte: „...Der politische Kampf ist in den gewerkschaftlichen Vereinigungen unstatthaft; er muss in der politischen Organisation, der Sozialdemokratischen Partei geführt werden.“

Gewerkschaften nach Frankfurt. Auf diesem Kongress sagte Legien u.a. die Arbeiter würden „mit Lust und Liebe zur Stelle sein, wenn es sich darum handelte, auf sozialen Gebiete mitzuarbeiten. Sie wollen nur als gleichberechtigte Faktoren betrachtet und nicht stets und ständig hintenangesetzt werden. Es liegen allerdings die Verhältnisse so, dass wir überall die Zurückgesetzten sind, und unser Pessimismus gegenüber den Massnahmen der Behörden ist ein berechtigter.“¹

Die ausschliessliche Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei war schon in dieser Zeit von seiten der Gewerkschaften alles andere als prinzipieller Natur; sie ergab sich aus der politischen Gesamtkonstellation. Da die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie, die trotz der ständigen Wahlerfolge eine Minderheitspartei war, nicht ausreichte, war die Bereitschaft, ähnlich den englischen Trade-Unions auch liberale Parlamentarier für die gewerkschaftlichen Forderungen zu interessieren, immer vorhanden.

Was aber in den fünf Prosperitätsjahren vor der Jahrhundertwende als „gewerkschaftliche Sammlungspolitik“ in Erscheinung trat, war mehr und war etwas anderes als die bloss juristisch formale und auch werbungstaktische Neutralität. Es war eine bewusste Durchbrechung jener alten Vorstellungen von der Führerrolle der Partei. Mit der Überwindung der Depression und den relativen Erfolgen entwickelte sich bei den Gewerkschaftlern ein neues Selbstbewusstsein. Die Haltung Legiens auf dem Gothaer Parteitag 1896 war – in direkten Gegensatz zu dem Pessimismus von 1893 – ein erster Ausdruck dieses neuen Selbstbewusstseins. In der Debatte über Vorschläge zur Sozialpolitik sprach Legien davon, dass die Gewerkschaften, soweit die juristischen Vorbedingungen dafür gegeben sind, sich selbstverständlich mit der Sozialgesetzgebung beschäftigen werden, – „mit oder ohne Parteitagbeschluss.“

Der neue Inhalt, den die alte Neutralitätsforderung jetzt bekommen hatte, war den Gewerkschaftlern durchaus bewusst. Der Unterschied wurde oft ausgesprochen. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress 1902 sagte Rexhäuser: „In Parteikreisen fasst man die Neutralität nur als taktische Frage auf. Für mich ist sie eine prinzipielle Frage.“ – „Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung liegt heute in den Gewerkschaften. Oder haben das die Gewerkschaften noch nicht erkannt?“

In der Broschüre Otto Hués, die zu dem Thema „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften“ im Jahre 1900 herauskam, kehrt ein Ge-

¹ Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie- und Handelsstädten, Schriften des Freien Deutschen Hochstiftes, Berlin 1894.

danke wieder, der uns um die Zeit des ausgehenden Sozialistengesetzes im sozialdemokratischen Berliner Volksblatt begegnet war. Während der Sozialdemokratismus bürgerlich-radikal sei, (s. S. 27/28) formiere sich in den Gewerkschaften, einerlei welcher Schattierung, die Arbeiterklasse. Bei Hué heisst es von den praktischen Forderungen des Erfurter Programms der Sozialdemokratie: „Dieser Programmteil hat recht wenig spezifisch Sozialdemokratisches an sich; er könnte von jeder bürgerlich-radikalen Partei vertreten werden und – wären alle dort aufgestellten Forderungen verwirklicht, so befänden wir uns noch immer in der bürgerlichen Gesellschaft.“ Hué hält dem die christliche Gewerkschaftsbewegung entgegen, in der Keime einer radikalen Arbeiterpartei verborgen seien. Manche Elemente seien dort tätig, „die schon jetzt nicht mehr in den Rahmen der bürgerlichen Parteien passen.“ Er spricht von einer Arbeiterpolitik, die auch von den nicht-sozialdemokratischen Arbeitern betrieben werden, sobald sie konsequent als Gewerkschaftler vorgehen und nicht auf Ratgeber mit anderen Interessen hören.

Zur Parteidiskussion über die Neutralität der Gewerkschaften hat Konrad Haenisch eine Statistik des zahlenmässigen Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft beigesteuert. Er hat für die Gemeinde Leipzig Daten der Partei- und Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1891 mit den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1895 verglichen.¹ Der Hauptmangel dieser Zusammenstellung besteht darin, dass sie sich auf Angaben aus den Jahren der Depression vor 1895 stützt, während die neuen Neutralisierungsbestrebungen nur im Zusammenhang mit der Prosperität nach 1895 und dem Gewerkschaftswachstum verständlich sind. Die Berechnung kann auch rein statistisch auf Genauigkeit nicht Anspruch erheben. Zwischen der Berufsstatistik und der Parteistatistik liegen drei Jahre. Ferner ist die Verwaltungsgemeinde Leipzig nicht dieselbe territoriale Einheit wie der viel engere Wahlkreis Leipzig-Stadt oder der weitere Wahlkreis Leipzig-Stadt und -Land. Konrad Haenischs Aufsatz in der Neuen Zeit muss als eine polemische Arbeit aus dem Kreise um die Leipziger Volkszeitung gegen die gewerkschaftlichen Neutralisierungsbestrebungen verstanden werden. Dennoch bieten seine Ziffern einen gewissen Anhalt für das zahlenmässige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, über das aus dieser Zeit wenig detaillierte Untersuchungen vorliegen.

Für die vier gewerkschaftlich höchstorganisierten Berufe übertraf der gewerkschaftliche Organisationsgrad den politischen um:

¹ Konrad Haenisch, Statistisches zur Neutralisationsfrage, Neue Zeit, Jg. XVIII, 1900, S. 596 ff.

(Gewerkschaftlicher Organisationsgrad)

| | |
|-------------------------------|---------|
| 79,4% bei den Maurern | (87,7%) |
| 55,1% bei den Dachdeckern | (64,9%) |
| 59,1% bei den Böttchern | (63,3%) |
| 57,7% bei den Zementarbeitern | (58,8%) |

Den höchsten politischen Organisationsgrad hatten die Tischler, die Hutmacher, die Tabakarbeiter, zwischen 11 und 11,8% aller Beschäftigten.

Im Ganzen waren: 31,728 sozialdemokratische Wähler,
19,327 Leser der Leipziger Volkszeitung,
18,927 gewerkschaftlich Organisierte,
4,855 politisch Organisierte.

Mit anderen Worten, auf zehn Parteimitglieder kamen 65 sozialdemokratische Wähler, 43 Abonnenten der Parteizeitung, 38 Gewerkschaftsmitglieder. Auf zehn Gewerkschaftsmitglieder kamen 17 sozialdemokratische Wähler und 12 Abonnenten der Parteizeitung.

Eine ähnliche quantitative Relation zwischen Partei und Gewerkschaft wie die für 1891 bzw. 1895 und für die Verwaltungsgemeinde Leipzig ermittelte zeigt eine Erhebung für Gross-Berlin und für das Jahr 1906.¹ Vor 1895 waren in Leipzig ungefähr ein Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder in der Sozialdemokratie organisiert, 1906 in Berlin ungefähr ein Sechstel. Die beiden Erhebungen sind nicht unmittelbar miteinander vergleichbar, doch werfen sie bei dem repräsentativen Charakter, der beiden Städten für die Arbeiterbewegung zukam, ein gewisses Licht auf das spezifische Gewicht von Partei und Gewerkschaft.

Das abgerundete Gesamtergebnis der Berliner Erhebung war: 16% der Gewerkschaftsmitglieder waren gleichzeitig in der Sozialdemokratie organisiert, und 80% der Parteimitglieder gleichzeitig in den Gewerkschaften.² Von den gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern gehörte die Mehrzahl zu den Maurern, Holzarbeitern, Zimmerern, Buchdruckern und Metallarbeitern. Von diesen Berufskategorien waren 60 bis 90% gewerkschaftlich, 10 bis 25% politisch organisiert.

Das neue Machtverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft zeigte sich am Ende des Jahrzehnts 1895-1900 bei verschiedenen innerorganisatorischen Anlässen, so beim Konflikt des Leipziger Gewerk-

¹ Neue Zeit, Jg. XXVI, 1908, S. 450 ff.

² Von den gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern waren einige auch in den Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinen und in Lokalverbänden, die nicht an die Generalkommission angeschlossen waren, organisiert.

schaftskartells und der Leipziger Volkszeitung einerseits mit dem Buchdruckerverband andererseits, und bei dem Konflikt der Hamburger Akkordmaurer mit den Gewerkschaftsbeschlüssen.

Beim Abschluss der Tarifgemeinschaft im Jahre 1896 kam es unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes zu lebhaften Auseinandersetzungen und schliesslich zur Abspaltung eines Teiles der Leipziger Mitglieder unter der Führung des Redakteurs ihres Verbandsorgans. Das Leipziger Gewerkschaftskartell erkannte diese Neugründung an, während es die Mitglieder des alten Verbandes aus dem Kartell ausschloss. Die Neugründung fand die Unterstützung der Leipziger Volkszeitung. In dem Betrieb der Leipziger Volkszeitung waren Buchdrucker beider Richtungen beschäftigt. Als bei der Einführung von Setzmaschinen das Setzerpersonal verringert werden musste, wurden die Entlassungen von der parteipolitischen Tätigkeit der Setzer abhängig gemacht. Dies rief in Gewerkschaftskreisen einen Sturm der Entrüstung hervor, den der intervenierende Parteivorstand zu beschwichtigen versuchte. In einem Zirkular sprach der Parteivorstand sein Bedauern aus, „dass unsere Leipziger Genossen und ihr Organ bei ihrem Verhalten gegenüber den Differenzen im Buchdruckerverbande von der allgemein innegehaltenen Richtung der Partei abgewichen sind und Partei ergriffen haben.“¹

Bei den Hamburger Akkordmaurern handelte es sich im gleichen Jahre um den Beschluss eines Parteischiedsgerichtsverfahrens, der den Ausschluss von Parteimitgliedern aus der Partei abgelehnt hatte, die entgegen den Beschlüssen ihrer Gewerkschaft im Akkord gearbeitet hatten. Bei dem Parteischiedsgericht war der Parteivorstand durch Ignaz Auer vertreten. Als von Gewerkschaftsseite gegen diesen Schiedsspruch protestiert worden war, setzte die Partei eine Kontrollkommission ein, der die Linke Klara Zetkin, der Revisionist Eduard David und H. Koenen angehörten. In der Entscheidung der Kontrollkommission in Sachen der Hamburger Akkordmaurer hiess es – fast gleichlautend mit der Parteivorstandsintervention in Sachen der Leipziger Buchdrucker –: „Die Kontrollkommission spricht zunächst ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, dass Parteigenossen eine ihrer Natur nach rein gewerkschaftlichen Frage dadurch zur Parteisache gemacht haben, dass sie die Parteiorganisation zur Entscheidung angerufen haben. Dieses Vorgehen würde in unvermeidlicher Konsequenz dazu führen, dass tadelnswerte, die Interessen der sozialdemokratischen Partei verletzende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsmitglieder auch vor das Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Ausschluss aus der letzteren ge-

¹ Zirkular Nr. 20 des Parteivorstandes vom 21. Februar 1901.

ahndet werden müssten.¹ In beiden Fällen dachten die Spitzenbehörden der Partei nicht mehr daran, zu beanspruchen, dass die Gewerkschaften sie als die übergeordnete Behörde betrachten.

In den Sozialistischen Monatsheften, der Zeitschrift der Revisio-nisten, schrieb v. Elm, dass der Hamburger Schiedsspruch das bis-herige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wesentlich zu modifizieren drohte. Er fügte hinzu: „Der Arbeiter, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und seiner Gewerkschaft nicht ange-hört, hat nach meinem Dafürhalten das ABC des Sozialismus noch nicht begriffen. Arbeiter aber, die darauf hinarbeiten, die allseitig für berechtigt anerkannten Beschlüsse ihrer Gewerkschaft illusorisch zu machen, können nicht den Ehrentitel eines Sozialdemokraten bean-spruchen.“² Das Correspondenzblatt der Generalkommission sah in der Begründung des Hamburger Schiedsspruches eine Neuauflage der Behandlung der „Leipziger Volkszeitungsstreikbrecher“ durch die Partei. „An sich könnte es den Gewerkschaften ja gleichgültig sein, aus welchen Kreisen eine politische Partei ihre Mitglieder empfing, auch dann, wenn diese Partei als politische Vertretung der Arbeiter-interessen anerkannt wird. Sie haben sich nicht darum gekümmert, ob diese Partei Unternehmer, Kleinhandwerker, Bauern, Künstler, freie Berufsangehörige oder selbst Staatsbeamte zu ihren Angehörigen zählt und Leute umfasst, von denen gewerkschaftliche Organisation und die gewerkschaftliche Interessenvertretung schwer zu erwarten ist. Nicht gleichgültig aber kann es den Gewerkschaften sein, wie diese Partei als solche über die elementarsten Pflichten des gewerk-schaftlichen Klassenkampfes denkt und urteilt, denn angesichts der Tatsache, dass ein grosser Teil von Arbeitern sowohl der Partei als auch einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre, müssen Widersprüche zwischen der Theorie der Gewerkschaften und der Praxis der Partei zur Zersetzung der Gesamtbewegung und zur Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin führen.“³ Das ist eine Sprache, wie sie fünf Jahre früher nicht möglich gewesen wäre.

Der Parteivorstand verhielt sich gegenüber der Neutralisation der Gewerkschaften genau so, wie er sich gegenüber der Zentralisation verhalten hatte. Er leugnete einfach das „Ereignis“. Bebel konze-dierte die Neutralität in ihrer bloss formellen Bedeutung noch einmal als eine längst anerkannte Selbstverständlichkeit. Indem er beharrlich bei der engeren Interpretation der Neutralitätsforderung blieb und

¹ Aktenstücke über den Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmurer, Berlin 1901, S. 11.

² a.a.O., S. 22.

³ Correspondenzblatt 1901, Nr. 31, Streikbruch und Sozialdemokratie.

die inzwischen tatsächlich eingetretene Selbständigkeit der Gewerkschaften ignorierte, entstand durch den Gleichlaut der Worte der Schein vollständiger Einmütigkeit.¹

Für Bernstein und die Revisionisten, die die Praxis der Sozialdemokratie als die einer radikalen Reformpartei bezeichneten und ihre Revision als eine entsprechende Programmrevision auffassten, konnte ein Gegensatz zwischen der Praxis der Partei und der Praxis der Gewerkschaften, prinzipiell nicht existieren. Also konnten sie auch in den Unabhängigkeitswünschen der Gewerkschaften keine Gefahr für die Einheit der Bewegung erblicken.

Den Linken aber kam es, gerade weil sie die Gewerkschaftsarbeit für wichtig hielten, darauf an, die Gewerkschaften für ihre eigene politische Linie mit Beschlag zu belegen. Nicht unähnlich dem Standpunkt der Lokalisten von 1892 forderten sie eine reale Unterordnung der Gewerkschaften unter die politische Führung der Partei. In der sozialdemokratischen Führung der Gewerkschaftskämpfe sahen sie die einzige Garantie für die Einheit von Tageskampf und Endziel und für die Einheit der Arbeiterbewegung. Nach Rosa Luxemburg müsste die neue „gewerkschaftliche Sammlungspolitik... zur Preisgabe des gegenwärtigen fortschrittlichen Charakters der deutschen Gewerkschaftsbewegung führen.“ Dabei war unter Fortschrittlichkeit der deutschen Gewerkschaften ihre Unterordnung unter die Sozialdemokratie gemeint. Das Paradies der Neutralität, die englische Arbeiterbewegung mit ihrer „engherzigen nationalen Abgeschlossenheit nach aussen und der Zersplitterung nach innen“, schien Rosa Luxemburg zu beweisen, dass die gewerkschaftliche Sammlungspolitik bei näherem Zusehen in Zersplitterungspolitik auslaufe. Sie lehnte die Neutralitätspolitik deshalb in jedem Sinne ab, sowohl in dem engeren bloss taktischen als in dem prinzipiellen Sinne, den die Gewerkschaftsführer meinten. Für die Linken waren die Gewerkschaften eine bloss soziale Notwehr gegen die Übergriffe des Kapitals, befähigt, den Wert der Ware Arbeitskraft zu realisieren, aber unfähig, den Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft aufzuheben. Mit ihrem Wort von der „Sisyphusarbeit“ der Gewerkschaften wiederholte Rosa Luxemburg nur den alten Standpunkt der orthodoxen Marxisten. Dass er diesmal aber auf so lebhaften Widerstand der Gewerkschaften stiess, war ein Symptom der veränderten Situation. Die „Emanzipation“ der Gewerkschaften ist vom Parteivorstand offiziell ignoriert, von den Revisionisten anerkannt und begrüsst, von den Linken mit wachsender Beunruhigung verfolgt, theoretisch abgelehnt und praktisch bekämpft worden. *(Schluss folgt).*

¹ Vgl. Bebels Berliner Reden vom 25. bzw. 31. Mai 1900 und seine Broschüre: Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, Stuttgart 1900.